

**Dr. Gerhard Papke MdL**

Vorsitzender der FDP-Fraktion  
im Landtag Nordrhein-Westfalen

Landesvereinigung der Elternvertreter und För-  
dervereine der Musikschulen in NRW e. V.  
z. Hd. Herrn Vorsitzenden Klaus Jochem  
Stettiner Str. 53  
41539 Dormagen

Düsseldorf, 23. April 2010

Sehr geehrter Herr Jochem,

ich bedanke mich für Ihr Schreiben und die Übersendung der Resolution der Landesvereinigung der Elternvertreter und Fördervereine der Musikschulen in NRW e. V. zur Lage der Musikschulen in Nordrhein-Westfalen.

Für die Liberalen stellt die musikalische Bildung unserer Kinder einen wichtigen Bestandteil einer umfassenden Erziehung dar. Daher fördern wir sowohl die frühzeitige Beschäftigung mit der Musik als auch das selbstständige Musizieren an den Schulen und an den Musikschulen. Durch die Schaffung von 8.124 zusätzlichen Lehrerstellen hat die FDP in den vergangenen Jahren nicht nur den katastrophalen rot-grünen Unterrichtsausfall von durchschnittlich 4,5 Prozent auf 2,3 Prozent halbiert, sondern hierdurch auch den Musikunterricht an den Schulen gestärkt.

Musikschulen befinden sich rechtlich und damit finanziell überwiegend in der Trägerschaft der Kommunen; dennoch hat das Land unter der Regierungsverantwortung der FDP z. B. im vergangenen Haushaltsjahr die Musikschulförderung erhöht, um die Musikschulen in kommunaler Trägerschaft durch Projektzuschüsse für besondere Schülermaßnahmen oder auch profilbildende Projekte sowie bei gestiegenen Personalkosten zu unterstützen. Wir haben auf diesem Weg verdeutlicht, wie wichtig die musikalische Bildung als ein zentraler Bestandteil einer umfassenden und breit gefächerten Erziehung der Kinder ist. Durch das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ des Landes Nordrhein-Westfalen, das gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes, den Kommunen und der Zukunftsstiftung Bildung in der GLS Treuhand e.V. unterstützt wird, können Kinder, gerade auch aus den von Ihnen angesprochenen bildungsfernen Schichten, frühzeitig an die Musik und das Musizieren herangeführt werden; auch besteht mit „JeKi“ die berechtigte Hoffnung, dass bei vielen Kindern über dieses Programm hinaus ein langfristiges Interesse an der Musik und für das aktive Musizieren geweckt

wird. Ein solches Interesse und die hiermit verbundene Nachfrage würden in der Folge wiederum den Musikschulen im Lande zugute kommen.


In den Jahren 2009 und 2010 erhalten die Kommunen von Seiten des Landes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes mit 7,9 bzw. 7,6 Milliarden Euro so viel finanzielle Unterstützung wie noch nie zuvor. Ebenfalls wurden die Kommunen bei Programmen zur verbesserten sächlichen Ausstattung in Bildungseinrichtungen, die eigentlich in die direkte Zuständigkeit der Träger fallen, massiv unterstützt. Auch hat das Land Nordrhein-Westfalen 84 Prozent der Gelder aus den Mitteln des Konjunkturpakets II direkt an die Kommunen weitergeleitet – einen so hohen Anteil wie kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland.

Gleichwohl gibt es Bereiche, in denen dringend nachjustiert werden muss, um die Gemeindefinanzierung nachhaltig auf sichere Füße zu stellen. Wie nicht zuletzt die Krise gezeigt hat, sollte insbesondere die konjunkturabhängige Gewerbesteuer gegen eine stetigere Einnahmequelle ersetzt werden. Diese beziffert sich vielerorts auf mehr als 50 Prozent der kommunalen Einnahmen. Die 2009 erfolgten Einbrüche von durchschnittlich weit über 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr verdeutlichen, dass hier besonderer Handlungsbedarf besteht. Die FDP fordert vor diesem Hintergrund seit langem den Ersatz der Gewerbesteuer gegen die sogenannte Kommunalsteuer. Zur Erörterung dieser und weiterer Fragen wurde auf Bestreben des NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und seines Stellvertreters Andreas Pinkwart auf Bundesebene eine sogenannte Gemeindefinanzkommission eingerichtet.

Ihren Ausführungen, wonach musikalische Bildung auch eine öffentliche Aufgabe sei und nicht nur von den Kommunen und den Eltern finanziert werden könne, kann in dieser Form nicht zugestimmt werden. Zum einen bestehen gegenwärtig klare rechtliche Zuständigkeiten auf Seiten der Träger; dennoch unterstützt das Land, wie meine Ausführungen verdeutlichen, die musikalische Bildung vielfach. Zum anderen ist der Eindruck, dass eine Finanzierung aus Landesmitteln die Eltern entlasten würde, unzutreffend. Der Landeshaushalt finanziert sich ebenfalls aus Steuereinnahmen und damit auch aus den Steuern der Familien. Gerade die Steuersenkungen, die von der FDP durchgesetzt wurden, haben die Familien und damit auch die von Ihnen angesprochenen Eltern massiv entlastet.

Die FDP wird auch zukünftig großen Wert auf eine frühzeitige musikalische Förderung der Kinder und Jugendlichen legen und diese unterstützen. Jedoch bedarf es bei der wichtigen Aufgabe einer umfassenden Bildung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen gemeinsamen privaten und öffentlichen Engagements.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Papke MdL